

Die Mauerbauer

Am „Tag X“ waren Männer mit einer totalitären Prägung Herr der Lage

Jochen Stadt

Die Befehlskette muß immer dann erhalten, wenn sich das Personal der ausführenden Organe eines Unrechtsregimes im nachhinein persönliche Mitverantwortung vom Halse zu schaffen sucht. Für die Rechtsprechung der Bundesrepublik steht fest, daß am Ende der Befehlskette jene stehen, denen die geringsten Strafen zuzumessen sind. Das galt für die Täter der ersten und es gilt auch für die Täter der zweiten deutschen Diktatur im zwanzigsten Jahrhundert. Die Frage nach der Tätermotivation ist freilich auch für die historische Sicht auf den Ablauf des Geschehens, für die Ergründung von radikalierenden, enthemmenden und beschleunigenden Faktoren von Belang, die „ganz gewöhnliche Männer“ gleichsam über Nacht zu Mördern werden ließen. Dabei geht es um die Zusammenschau verschiedener Motiv- und Handlungsebenen, die den gezielten Todesschüssen auf unbewaffnete Menschen vorgelagert waren, um die Frage nach den politischen Umständen und Entscheidungen, die am Ende der Befehlskette den Griff zur Mordwaffe veranlaßt haben. Die Schutzbehauptung einiger Verantwortungsträger des SED-Regimes, man habe mit Mauerbau und Schießbefehl nur ausgeführt, was von der sowjetischen Vormacht angeordnet wurde, ist angesichts des zu diesem Thema überlieferten Schriftgutes völlig unhaltbar. Die DDR war schon elf Jahre nach ihrer Gründung ohne Mauer und Schießbefehl existenzunfähig. Die Abriegelung der Westgrenze war ein Herzensanliegen der SED-Führung.

Geht man von den offiziellen Bekundungen aus, so wollte eigentlich niemand die deutsche Teilung. Sowohl im Westen wie im Osten standen Wiedervereinigungsschwüre im Vordergrund der Staatsgründungsrhetorik. Im westdeutschen Grundgesetz hatte die Einheit Deutschlands Verfassungsrang und aus der DDR-Verfassung wurde sie erst 1974 eliminiert. Auf einer Pressekonferenz am 15. Juni 1961 kündete Walter Ulbricht mit dem hinterlistigen Satz, „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten“, jenes Bauwerk an, dessen Ende am 9. November 1989 ebenfalls auf einer Ost-Berliner Pressekonferenz durch Günter Schabowskis unvollendeten Satz, „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich“, so überraschend besiegelt wurde. Ulbricht – und nicht nur er – wußte am 15. Juni 1961, was bald zur „X-Zeit“ geschehen würde und warum es geschehen mußte, um das Überleben der DDR zu sichern. Schabowski wußte am Abend des 9. November 1989 nicht, welche Folgen sein „sofort, unverzüglich“ haben würde und er ahnte wohl nicht, daß damit dem Überleben der DDR die Grundlage entzogen war.

Walter Ulbricht, der einen Sinn für historische Symbolik hatte, datierte einen Brief, den er am 16. Januar 1961 an den sowjetischen Partei- und Staatschef Nikita Chruschtschow verfaßte, auf den 18. Januar. Der 90. Jahrestag der Kaiserproklamation zu Versailles war für den Staatsratsvorsitzenden und Ersten Sekretär der SED genau der richtige Tag, um nachdrücklich die vertragliche Herauslösung der DDR aus dem völkerrechtlichen Kontext des Deutschen Reiches zu fordern. „Teurer Genosse Nikita Sergejewitsch!“ begann Ulbricht höflich. „Nach der Aussprache zwischen uns im November 1960 halten wir es für notwendig, daß wir uns mit dem Präsidium des ZK der KPdSU über einige Hauptfragen der Deutschlandpolitik und der ökonomischen der DDR im Jahr 1961 konsultieren.“

Auf den ersten Seiten erging sich Ulbricht zunächst in allerlei Vorschlägen, wie „im Jahr 1961 bei der friedlichen Lösung der Westberlin-Frage und der Herbeiführung eines Friedensvertrages vorwärts zu kommen“ sei. Die Möglichkeiten, wenigstens einen Teil der in Berlin entstandenen Nachkriegskonstellation „abzubauen“, waren seiner Meinung nach besonders günstig, weil „die Adenauer-Regierung in der Zeit der Bundestags-Wahlkampagne nicht an einer Zuspitzung der Lage interessiert ist und Präsident Kennedy im ersten Jahr seiner Präsidentschaft ebenfalls keine Verschärfung der Lage wünscht“. Adenauer werde den Abschluß eines Friedensvertrages der Teilnehmerstaaten des Zweiten Weltkrieges mit beiden deutschen Staaten ablehnen und ungeachtet aller Angebote den Kalten Krieg verschärfen. Dabei werde der Kampf gegen die DDR „hauptsächlich mit ökonomischen Waffen“ geführt.

Ulbricht schlug vor, den Druck auf die Westmächte zu erhöhen und auf internationaler Ebene für „die Notwendigkeit der Beseitigung der Reste des Krieges in Deutschland und speziell der anomalen Lage in Westberlin“ zu werben. Ulbricht bekräftigte die Forderung nach Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt“. Damit meinte er: „Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin, d. h. Auflösung der Kommandantur und Verzicht der auf Grund des Besatzungsstatuts ausgeübten Rechte“ bis hin zum „vollständigen Abzug“ der Westalliierten. Die DDR werde dann in vertraglichen Vereinbarungen mit dem West-Berliner Senat alle Fragen regeln, die den Transitverkehr und die Versorgung der Stadt betreffen. Ulbricht forderte weiterhin, daß „die Autorität der DDR bei künftigen Verhandlungen“ erhöht werden müsse. Die Sowjetunion möge nachdrücklich erklären, „daß der Abschluß eines Friedensvertrages zwischen der Sowjetregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unter Beteiligung der Staaten der Anti-Hitler-Koalition, die dazu bereit sind, unvermeidlich wird, wenn die Westmächte nicht im Verlauf der nächsten Monate auf einen Kompromiß eingehen“.

Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, schilderte der SED-Chef im zweiten Teil seines Schreibens ausführlich die dramatische Fehlentwicklung der DDR-Wirtschaft und ihr weiteres Zurückfallen gegenüber der Bundesrepublik. Die „Steigerung der Bruttonproduktion in Westdeutschland betrug 1960 etwa 12 Prozent, während die Produktionssteigerung in der DDR 8 Prozent betrug.“ Die westdeutsche Wirtschaft bringe ihre Betriebe auf technischen Höchststand, „erhöhte die Löhne im Jahre 1960 um ca. 9 Prozent und verkürzte die Arbeitszeit, so daß bereits in einem Teil der Betriebe die Fünftagewoche besteht“. Bis 1965 solle sogar in einigen Industriezweigen die 40-Stunden-Woche eingeführt werden. „Bei uns sind solche Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen nicht im Plan enthalten.“

Ohne weitere Kredite aus der Sowjetunion werde das Lebensniveau der Bevölkerung unter den Stand von 1960 sinken. „Der konjunkturelle Aufschwung in Westdeutschland, der für jeden Einwohner der DDR sichtbar war, ist der Hauptgrund dafür, daß im Verlaufe von zehn Jahren rund zwei Millionen Menschen unsere Republik verlassen haben.“ Ulbricht rechnete mit ernststen Krisenerscheinungen, falls nicht bald „die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR stabil gemacht wird und möglichst weitgehende Garantien gegen die Störung des sozialistischen Aufbaus in der DDR von Seiten der imperialistischen Kräfte in Westdeutschland geschaffen werden“.¹

Chruschtschow antwortete am 30. Januar 1961, die sowjetische Führung stimme „mit den Erwägungen betreffs der Maßnahmen“ überein, „die im Zusammenhang mit der

¹ Das Schreiben Ulbrichts vom 16. Januar 1961 findet sich unter SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/202/ 129, Bestand Büro Ulbricht.

Beseitigung der Überreste des Krieges und der Normalisierung der Lage in Westberlin durchgeführt werden sollen“. Es bedürfe aber noch einiger Zeit, um Kennedys Position in der Deutschlandfrage deutlicher zu erkennen. Für den Fall, daß es zu keiner Einigung mit den Vereinigten Staaten über „gegenseitig annehmbare Beschlüsse“ komme, müsse die Angelegenheit „auf der Basis eines Friedensvertrages mit der Deutschen Demokratischen Republik gelöst werden“. Es werde dann notwendig sein „die in Ihrem Brief behandelten Maßnahmen, die sich unter gewissen Umständen als notwendig erweisen werden, mit dem Abschluß eines Friedensvertrages zu koppeln“. Ulbricht unterstrich das Wort „Maßnahmen“, über die es in Chruschtschows Brief weiter heißt: „Wenn es nicht gelingen wird, mit Kennedy zu einer Verständigung zu kommen, werden wir, wie vereinbart, gemeinsam mit Ihnen den Zeitpunkt ihrer Durchführung bestimmen.“²

Ulbricht hatte in seinem Schreiben zwar nicht von irgendwelchen Maßnahmen gesprochen – er hatte sich lediglich auf seine mündlichen Erörterungen mit der KPdSU-Spitze bezogen, die am Rande des Moskauer Treffens der kommunistischen und Arbeiterparteien am 10. November 1960 stattgefunden hatten –, aber er wußte genau, was Chruschtschow meinte, wenn dieser versprach, es würde dann – „wie vereinbart“ – gemeinsam der Zeitpunkt zur Durchführung der „Maßnahmen“ bestimmt, „die sich unter gewissen Umständen als notwendig erweisen werden“. Über diese „Maßnahmen“ nämlich hatte man sich im groben schon im November 1960 verständigt. In unbestimmter Weise zieht sich die Begrifflichkeit „Maßnahmen“ durch das gesamte Schriftgut der SED- und Regierungsstellen, die mit der Vorbereitung des Mauerbaus befaßt waren. Erst am 13. August 1961 wurde die sprachliche Kaschierung fallen gelassen. Noch am 11. August beschloß die Volkskammer der DDR pauschal, es seien „Maßnahmen gegen Menschenhandel, Abwerbung und Sabotage zu treffen“. Damit erhielten die durch das Politbüro der SED längst vollzogenen Entscheidungen des Maßnahmestaates DDR ihre normative Scheinlegitimation.

Geschwür West-Berlin

Der Ministerrat ordnete am folgenden Tag „Maßnahmen zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins“ an und verkündete zynisch, es werde „eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist“. Selbst im Mobilmachungsbefehl, den DDR-Innenministers Karl Maron am Mittag des 12. August an die Stabschefs seiner bewaffneten Einheiten herausgab, ist von „Maßnahmen“ die Rede, die „mit X-Zeit zur Einschränkung des Verkehrs“ nach West-Berlin eingeleitet werden sollen.³

Die Frage, wann genau die Vorbereitungen für den „Tag X“ und die „X-Zeit“ begannen, ist bislang ungeklärt. Im März 1961 waren sie jedenfalls als Option schon sehr konkret im Gange. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kann davon ausgegangen werden, daß die endgültige Entscheidung für den Mauerbau unmittelbar

² Die Antwort Chruschtschows findet sich unter SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/202/ 129, Bestand Büro Ulbricht.

³ Vgl. Befehl des Ministers des Inneren Nr. 002/61, Aufgaben der Deutschen Grenzpolizei zur verstärkten Sicherung der Grenzen am Außenring von Groß-Berlin und an der Staatsgrenze West. BArch Lichterfelde, DO 1/2.2./58293.

nach dem für Chruschtschow negativen Ausgang der Wiener Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten Kennedy fiel. In groben Worten hatte sich der sowjetische Staatschef dort am 4. Juni 1961 gegenüber Kennedy über West-Berlin geäußert: „Wir wollen diesen Splitter herausziehen, dieses Geschwür am Körper Europas beseitigen und dies so tun, daß keinem der interessierten Staaten ein Nachteil daraus entsteht.“ Auf Kennedys Nachfrage, ob das bedeute, daß auch der amerikanische Zugang nach West-Berlin gesperrt werde, antwortete Chruschtschow lakonisch: „Sie haben richtig verstanden, Herr Präsident.“

Obwohl Chruschtschow im Fortgang des Gespräches unverhohlen mit Krieg drohte, lehnte Kennedy die geforderte „radikale Änderung“ des Berlin-Status ab und bekräftigte seine Entschlossenheit, alle „juristischen Verpflichtungen in dieser Frage zu erfüllen“. Kennedy erklärte darüber hinaus: „Wir sind überzeugt, daß unsere Anwesenheit in Berlin von der Bevölkerung West-Berlins unterstützt wird, der gegenüber wir bestimmte Verpflichtungen übernommen haben.“

Während Kennedy am 25. Juli 1961 noch einmal vor der Weltöffentlichkeit die amerikanischen Garantien für West-Berlin bekräftigte, bereitete in Ost-Berlin bereits ein geheimer Operationsstab den Mauerbau vor. Die politische Leitung dieses Stabes, der am 12. August 1961 seine Kommandozentrale im Präsidium der Volkspolizei Berlin aufschlug, lag in den Händen des für Sicherheitsfragen zuständigen ZK-Sekretärs Erich Honecker. Weitere Stabsmitglieder waren der Berliner SED-Bezirkschef Paul Verner, der stellvertretende Ministerratsvorsitzende Willi Stoph, der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke, Verteidigungsminister Heinz Hoffmann, Verkehrsminister Erwin Kramer, Innenminister Generaloberst Karl Maron, dessen Stellvertreter Generalmajor Willi Seifert, der Ost-Berliner Polizeipräsident Generalleutnant Fritz Eikemeier und Volkspolizei-Oberst Horst Ende als Koordinator des Stabes im Ministerium des Inneren.

Für die strategische Vorbereitung und logistische Umsetzung der „Maßnahmen“ in und um Berlin trugen als die eigentlichen Macher des Mauerbaus Maron, Seifert, Eikemeier und Ende die Verantwortung. Sie kommandierten, nachdem Ulbricht als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates formell die „X-Zeit“ bestätigt hatte, sämtliche an der Grenze eingesetzten Sondereinheiten der Volkspolizei, Grenzpolizei, Transportpolizei und der Betriebskampfgruppen. Die Nationale Volksarmee befand sich in zweiter Linie in Bereitschaft, und sowjetische Truppen hielten sich als dritte Staffel im Hintergrund. Sie sollten nur im Falle einer militärischen Reaktion der Westalliierten zum Einsatz kommen.⁴

Kämpfer des Weltbürgerkrieges

Die Motivlage der Männer, die an entscheidender Stelle jene Maßnahmen ausführten, die von den politischen Führungen in Ost-Berlin und Moskau beschlossen worden waren, wurzelt in einem gemeinsamen Erfahrungshintergrund, in ihrer politischen Sozialisation als Kämpfer des Weltbürgerkrieges. Mit einer Ausnahme hatten alle Mitglieder des Kommandostabes, der den Mauerbau leitete, in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts eine totalitäre politische Prägung erfahren. Bis auf den 35jährigen Stabsobers Horst Ende waren sie gestandene Kommunisten, die schon als junge KPD-Leute

⁴ Vgl. MdI (Hrsg.), Friedrich Dickel (Leiter des Autorenkollektivs), Willi Seifert (Generalleutnant a. D., Mitgl. d. Hauptredaktion): Geschichte der Deutschen Volkspolizei. Bd. I, Berlin 1987, S. 338.

am Kampf gegen die Weimarer Republik und gegen die mit ihnen um die Macht auf der Straße konkurrierenden Nationalsozialisten teilgenommen hatten. Verteidigungsminister Hoffmann, Verkehrsminister Kramer, Staatssicherheitsminister Mielke, Polizeipräsident Eikemeier und der Erste Sekretär der Berliner SED-Organisation Paul Verner hatten zwischen 1936 und 1939 auf seiten der Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg gedient. Kramer, Maron und Hoffmann gehörten zur Minderheit der deutschen Kommunisten, die einigermaßen ungeschoren die stalinistischen Säuberungen im sowjetischen Exil überstanden hatten. Eikemeier, den die Gestapo 1940 in Frankreich aufgespürt hatte, verbrachte fünf Jahre im KZ Sachsenhausen, Honecker saß neun Jahre in nationalsozialistischen Zuchthäusern und Willi Seifert sogar zehn Jahre, davon sieben hinter dem Stacheldraht des Konzentrationslagers Buchenwald.

Es ist im Kontext der hier gestellten Frage nach der politischen Sozialisation jener Männer, die den Mauerbau kommandiert haben, besonders aufschlußreich, sich einmal dem eigentlichen Logistikchef in Honeckers Einsatzstab zuzuwenden. Willi Seifert, der diese Schlüsselfunktion ausfüllte, hatte sich seine Qualifikation für diese Aufgabe buchstäblich im Konzentrationslager erworben. Er verfügte nicht wie die Spanien-Kämpfer und Moskau-Emigranten im Einsatzstab über praktisch militärische Erfahrungen und hatte keine fundierte kommunistische Funktionärsausbildung durchlaufen. Seiferts logistische Fähigkeiten beruhten auf seiner Tätigkeit als Kapo der Arbeitsstatistik im KZ Buchenwald.

Dort war er von 1943 bis 1945 mit rund siebzig ihm unterstellten Häftlingen für den Arbeitseinsatz von bis zu 60 000 Sklavenarbeitern der SS zuständig. Die SS-Wachmannschaften selbst konnten mit ihren rund 4 000 Mann zwar die äußere Bewachung des Lagers und der Arbeitseinsätze bewerkstelligen, die innere Ordnung und vor allem die Planung und Durchführung der Sklavenarbeit in den Thüringer Rüstungsbetrieben aber mußte von den Häftlingsfunktionären selbst gewährleistet werden. Die illegale kommunistische Lagerorganisation hatte in tödlichen Kämpfen den kriminellen Häftlingen die interne Lagerverwaltung aus der Hand genommen und alle Schlüsselpositionen mit ihren Leuten besetzt.

Der ehemalige Buchenwald-Häftling Eugen Kogon beschrieb in seiner 1946 erschienenen Analyse *Der SS-Staat* die innere Organisation des KZ Buchenwald. Die Aufgaben, die von der Arbeitsstatistik bewältigt werden mußten, waren demnach „schwer und undankbar“. Es kam vor, schreibt Kogon, „daß sie binnen zweier Stunden Tausende von Häftlingen bereitzustellen hatte“. Je mehr Häftlinge zum Arbeitseinsatz in kriegswichtige Betriebe kommandiert wurden, um so wichtiger wurde die Häftlingsgruppe in der Arbeitsstatistik. Sie konnte ihre Machtstellung, die darin bestand, Häftlingen „gute“ oder „schlechte“ Kommandos zuzuweisen, segensreich oder verhängnisvoll nutzen. Hunderte wurden, wie Kogon schreibt, mit Hilfe der Arbeitsstatistik gerettet, „teils indem sie von Todestransportlisten heimlich gestrichen, teils indem sie, wenn ihr Leben im Stammlager gefährdet war, in Außenkommandos geschmuggelt wurden. Viele Kameraden sind aber auch durch dunkle Machenschaften und Intrigen an Orte inner- und außerhalb der Lager gebracht worden, wo sie entweder schweren Schaden nahmen oder zugrunde gingen.“⁵

⁵ Kogon, Eugen: *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*. Zitiert nach der Ausgabe München 1974. Siehe dort zur Rolle der kommunistischen Funktionshäftlinge insbesondere die Seiten 65 f., 89 f. u. 310 ff.

Ähnlich wie Kogon schildert Benedikt Kautsky in seinem ebenfalls 1946 erschienenen Erinnerungsbericht *Teufel und Verdammte*⁶ die herausragende Bedeutung der Arbeitsstatistik. Deutlicher als Kogon tritt jedoch bei Kautsky die Rolle der kommunistischen Funktionshäftlinge hervor, die ihre Tätigkeit als Kapos im Sinne der von der illegalen kommunistischen Parteiorganisation verfolgten Strategie als „Kaderschutz“ für die eigenen Leute verstanden. Benedikt Kautsky, der sich als politischer Erbe seines von Lenin als „Renegat Kautsky“ geschmähten Vaters fühlte und gewissermaßen im Familienzwist mit den Kommunisten stand, beurteilte ihre Rolle im KZ Buchenwald sehr kritisch: „Zahlenmäßig überwog bei ihnen der Typ des jungen Funktionärs, der im Bürgerkrieg eine Rolle als unerschrockener Gegner der Nazis gespielt hatte und von ihnen deshalb mit besonderem Haß verfolgt wurde. Durch ihre Jugend, durch ihre Herkunft aus dem Arbeiterstand, durch ihren in Straßenkämpfen bewährten Mut und auch durch die eben dort erworbene Rauheit paßten sie sich dem Lagerleben glänzend an.

Der Arbeit waren sie meist gewachsen, von der SS ließen sie sich nicht einschüchtern, nahmen auch die Lagerstrafen nicht übermäßig schwer und waren findig genug, überall durchschlüpfen zu können und sich verbotene Genüsse zu verschaffen. Diese positiven Seiten ermöglichten ihnen eine weitgehende Anpassung an das Lager, und aus ihrer Mitte sind zum größten Teil in den Lagern, in denen die Politischen herrschten, die Funktionäre genommen worden. Aber sie hatten auch die Fehler ihrer Tugenden: ihre Rauheit wurde zur Roheit, und mancher von ihnen hätte nach einigen Jahren Lager einen durchaus brauchbaren SS-Mann abgegeben.“

Willi Seifert gehörte ohne Zweifel zu dieser Gruppe der mit allen Wassern gewaschenen Überlebensstrategen.⁷ Seifert, 1915 in Plauen geboren, erlernte den Maurerberuf und beteiligte sich in seiner Heimatstadt als arbeitsloser Jungkommunist an Schlägereien mit Nationalsozialisten. Die Staatsanwaltschaft ermittelte bereits 1932 gegen ihn wegen illegalen Waffenbesitzes. Die örtlichen Nazis sperrten den jungen Mann nach der Machtergreifung erst einmal mehrere Monate in „Schutzhaft“. Sofort nach seiner Entlassung nahm Seifert die illegale Parteiarbeit in Plauen wieder auf und wurde 1934 gemeinsam mit seiner siebzehnjährigen Geliebten, die er nach dem Krieg geheiratet hat, vom Dresdner Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ abgeurteilt.⁸ Seine von der SED-Kaderabteilung geführte Funktionärsakte weist noch im Jahr 1970 unter der Rubrik „Spezielle Kenntnisse und praktische berufliche Erfahrungen“ schlicht „keine“ aus, was freilich bei genauerer Betrachtung so nicht zutrif.⁹

Von eisernem, grimmigem Willen geprägt

Jorge Semprun war einer der jungen Kommunisten, die unter dem Schuttschirm der kommunistischen Lagerleitung Buchenwald überlebt haben. In seinem autobiographischen Roman *Was für ein schöner Sonntag!* schildert Semprun seine erste Begegnung mit Willi Seifert in der Baracke der Arbeitsstatistik folgendermaßen: „Seifert, der Ka-

⁶ Kautsky, Benedikt: *Teufel und Verdammte*. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern. Zürich 1946.

⁷ Vgl. hierzu auch Lutz Niethammer: *Der gesäuberte Antifaschismus*. Die SED und die „roten Kapos“ von Buchenwald, Berlin 1994, S. 133 ff.

⁸ Vgl. Bischoff (Oberreichsanwalt), Dr. Fischer (unterzeichnender Staatsanwalt): *Anklageschrift gegen Arnulf Albert Richter, Willi Seifert u. a.* vom 6. Februar 1935, BArch Lichterfelde, NJ 12352.

⁹ Vgl. die SED-Kaderakte von Willi Seifert unter SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v 3332.

po der Arbeit, hat mich empfangen. Er hat mich in seinem Privatbüro empfangen und lange mit mir geredet. Seifert war ruhig, präzise, autoritär. Oder vielmehr: er strahlte eine Autorität aus, die nicht nur von seinem Posten her stammte, sondern auch aus seiner Natur. Ein Herr in dieser Lagerwelt, das sah man. Er war sechs- oder siebenundzwanzig. Über dem roten Dreieck auf seiner gutgeschnittenen Jacke befand sich zusätzlich ein schmales Band. Rückfälliger.“ Semprun, der 1944 in der Arbeitsstatistik unterkam, beschreibt eine sehr aufschlußreiche Auseinandersetzung zwischen Seifert und einem SS-Unteroffizier, der sich in der Arbeitsstatistik darüber beschwerte, daß seinem Arbeitskommando in den Deutschen Ausrüstungswerken nicht genügend Häftlinge zugeteilt wurden. Seifert habe sich in aller Ruhe die lautstark vorgetragene Beschwerde angehört. „Danach hat er im gleichen Ton wie der SS-Unteroffizier, mit der gleichen Bisigkeit, der gleichen Schärfe – allerdings zurückhaltender, beherrscht – dem SS-Mann erklärt“, er werde ihm erst genügend Arbeitskräfte zuweisen, wenn sie künftig nicht mehr beim Arbeitseinsatz geschlagen und mißhandelt würden. „Seifert brüllte, und ich sagte mir, daß dies böse enden würde. Aber der SS-Mann hat ihn brüllen lassen. Er hat den Kopf geschüttelt, hat nicht gewußt, was er darauf erwidern sollte, er hat kehrtgemacht und ist gegangen. Seifert hat ‚Achtung!‘ geschrien. Wir hatten erneut unsere Ärsche von den Stühlen erhoben. Das war Vorschrift. Der SS-Mann schloß die Bürotür hinter sich. [...] An jenem Tag habe ich begriffen, woher er seine Autorität hatte. Jahre des listigen Kampfes im Dschungel der Lager hatten diesen eisernen, grimmigen Willen geprägt. Wir standen still, wir betrachteten Seifert, und Seifert beherrschte uns alle durch seine Größe. Zweifellos ein Herr.“

Wenn es darauf ankam, konnte Seifert in Buchenwald auch zum Herrn über Leben und Tod werden. Um die illegale kommunistische Lagerorganisation zu schützen, versetzte die Arbeitsstatistik kommunistische Häftlinge aus den verlustreichen Steinbruchkommandos an ruhigere Arbeitsstätten. Im Austausch dafür mußten andere in den Tod geschickt werden. Der 1952 im Prager Slansky-Prozeß zum Tode verurteilte stellvertretende Generalsekretär der tschechischen Kommunistischen Partei, Josef Frank, wurde im Verlauf des Schauprozesses durch den Staatsanwalt auch über seine Tätigkeit in der Buchenwalder Arbeitsstatistik befragt. „Auf wessen Anweisung hin und wie schickten Sie die Häftlinge in den Tod?“ lautete eine Frage. Franks Antwort: „Die Anweisungen hinsichtlich der Transporte kamen vom nazistischen Lagerkommandanten. Sie wurden mir durch Vermittlung des Kapos Willi Seifert gegeben, der mir die Listen der Häftlinge vor dem Transport aushändigte.“

Mehrere frühere Buchenwald-Häftlinge beschrieben im Rahmen von Funktionärsüberprüfungen der SED in den vierziger und frühen fünfziger Jahren Seiferts Tätigkeit in der „Arbeitsstatistik“. Karl Gertig, zuletzt Kapo in der Kantine, sagte 1946 aus, es seien durch die kommunistischen Kader viele „Abspritzungen“ verhindert worden. In der Krankenbaracke wurden solche Tötungen „massenweise“ durchgeführt, „auch Genossen waren an den Abspritzungen beteiligt“. Willi Seifert habe Leben gerettet. So sei etwa durch die kommunistische Untergrundorganisation auch der frühere französische Botschafter in Berlin, Henry Hessel, gerettet worden. Eugen Kogon, Herbert Trobös und Werner Hilpert hätten das gesamte Material über die Tätigkeit des Lagerselbstschutzes für die Amerikaner zusammengestellt. „Der Lagerschutz hat seine Aufgabe voll erfüllt. Er hat viel Gutes geleistet. Durch ihn hat das Lager Buchenwald wohl von allen Lagern die beste innere Ordnung gehabt.“

August Groel berichtete im Februar 1954 der SED-Parteikontrolle: „Im Winter 1942/43 nahm mich der Gen. Willi Seifert auf Anweisung der Partei in die Arbeitsstatistik. Meine Tätigkeit bis zu meiner Entlassung bestand darin, täglich den ziffernmä-

ßigen Bestand der Arbeitskommandos zu errechnen. Da in dieser Statistik Hunderte von Genossen, darunter die Parteileitungen der meisten Nationen, als arbeitend aufgeführt werden mußten, während sie in Wirklichkeit verantwortliche Parteitätigkeit ausübten, mußte diese Arbeit sehr mit aller Sorgfalt und Genauigkeit durchgeführt werden, um der SS-Lagerleitung keine Handhabe zu geben. Daß es uns gelungen ist, diese Tätigkeit über zwei Jahre auszuüben, ohne daß jemals durch die SS-Lagerleitung die täglichen Falschmeldungen entdeckt wurden, ist sicher ein Beweis für unsere gute Parteiorganisation im Lager.“

Robert Siewert schließlich, der im Baukommando I des Lagers Buchenwald zeitweise bis zu tausend Häftlinge unter sich hatte, hielt im Januar 1954 in einem Bericht an die Kaderregistratur fest: „Es war eine meiner wichtigsten Aufgaben, neu eingegliederte Genossen, die in der Regel dem Steinbruchkommando zugeteilt wurden, schnellstens aus diesem Kommando freizubekommen. Da das Baukommando I immer neuen Bedarf an Arbeitskräften hatte, war es möglich, viele Genossen nach kurzer Zeit aus dem Steinbruchkommando herauszuholen und dem Baukommando I zuzuführen. Dabei hat uns besonders Genosse Willi Seifert als Kapo der Arbeitsstatistik geholfen.“¹⁰ Was Siewert in seinem Bericht freilich verschwieg, war die in diesem Zusammenhang nötige Auffüllung der Todeskommandos im Steinbruch mit anderen Häftlingen, die gegen die Kommunisten ausgetauscht wurden.

Benedikt Kautsky nannte die kommunistische Oberschicht im KZ Buchenwald sarkastisch eine „Lageraristokratie“, die „ihre Vorteile eifersüchtig wahrte und ihre Stellung ebenso gegen oben – das heißt die SS – wie gegen unten – die Masse der Häftlinge – behauptete“.

Drastischer noch fiel ein erster Bericht aus, den eine Untersuchungskommission der amerikanischen Streitkräfte nach der Befreiung des KZ Buchenwald am 14. April 1945 niederschrieb. „Dieser Bericht ist sensationell in vielfacher Hinsicht“, meldeten die beiden Offiziere nach einer ersten Befragung der befreiten Häftlinge nach Washington. Es sei nach ihrem ersten Eindruck über ein „Konzentrationslager in einem Konzentrationslager“ zu berichten, über ein „Terrorssystem innerhalb eines Terrorsystems, über eine kommunistische Diktatur in einem Vernichtungslager der Nazis“.

Das Lager „sei heute nur noch ein Sanatorium“, sagte Willi Seifert 1944, als er Jorge Semprun in seinem Büro im Barackenbau der Arbeitsstatistik zum Vorstellungsgespräch empfing, während er „mechanisch die Papiere auf seinem Schreibtisch ordnete“. So mag es am Ende der kommunistischen Funktionärsschicht vorgekommen sein, nachdem sie alle Führungspositionen der „Lagerselbstverwaltung“ unter sich aufgeteilt hatte. Im auffälligen Unterschied zu den anderen Häftlingen traten sie im April 1945 gut gekleidet und genährt ihren amerikanischen Befreiern gegenüber. Willi Seifert machte in der SBZ sofort Karriere. Unter Erich Reschke, einem ehemaligen kommunistischen Lagerältesten aus dem KZ Buchenwald, ernannten ihn die Sowjets 1946 zum stellvertretenden Präsidenten der Deutschen Verwaltung des Inneren. Seiferts Kollege als zweiter Stellvertreter von Präsident Reschke war der spätere Staatssicherheitsminister Erich Mielke.

¹⁰ Die „Aussagen über Verhalten im KZ Buchenwald“ von Gertig, Groel und Siewert finden sich unter SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/ 155, Bestand KPD. Robert Siewert (1887–1973) war bis 1950 Innenminister von Sachsen-Anhalt, verlor kurzzeitig seine Parteiämter in der SED wegen Zugehörigkeit zur KPO und hatte nach seiner Rehabilitierung eine leitende Position im Ministerium für Aufbau.

Selbstverpflichtung zum Schußwaffengebrauch

Die Spitzenfunktionäre um Walter Ulbricht befanden sich in aufgeräumter Stimmung, als sie sich am 22. August 1961, neun Tage nach der Grenzschießung, zur ersten regulären Politbürositzung trafen und Bilanz zogen. Der „Tag X“ war gut gelaufen. West-Berlin war mit Stacheldraht eingezäunt, und der „pioniermäßige Ausbau“ der Grenzanlagen ging zügig voran. Als erstes ließ Walter Ulbricht eine Protesterklärung gegen den Berlin-Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson abstimmen. Johnson hatte zwei Tage zuvor im Auftrag von Präsident Kennedy in West-Berlin die amerikanischen Freiheitsgarantien für die West-Sektoren der Stadt bekräftigt. Dieser Besuch von Vizepräsident Johnson und die demonstrative Verstärkung der amerikanischen Truppen sei der Beweis, „daß Westdeutschland und Westberlin Besatzungsgebiet und Westberlin keine freie Stadt ist“, erklärte das SED-Politbüro und rief in völliger Verkennung der Lage dazu auf, „in Westdeutschland für die Freiheit Westdeutschlands von den Besatzungstruppen zu demonstrieren unter der Losung ‚Ami go home‘“. Erst wenn die „amerikanischen Besatzungstruppen abziehen“, könne die „Selbstbestimmung des deutschen Volkes“ verwirklicht werden.

Zur gleichen Zeit, als sich Konrad Adenauer am 22. August vor dem Brandenburger Tor über die neue Situation in Berlin informieren ließ, beschloß knapp zwei Kilometer entfernt davon die SED-Führung, daß von nun an auf Flüchtlinge an der innerstädtischen Grenze geschossen werden sollte. Formal entschied das SED-Politbüro zwar lediglich „die vorgesehenen Maßnahmen“ zum „Übergang von der 1. Etappe zur 2. Etappe der Grenzsicherung“. Aus der erläuternden Anlage zum Beschluß, die Walter Ulbricht verfaßt hatte, geht jedoch hervor, was die „2. Etappe“ bedeutete. „Nach der verleumderischen Rede Brandts“ – gemeint war ein Appell Willy Brandts an die DDR-Grenzer „Schießt nicht auf die eigenen Landsleute!“ – sollte der SED-Propagandachef Albert Norden dafür sorgen, „daß durch Gruppen, Züge oder Kompanien schriftliche Erklärungen abgegeben werden, um was es geht, und daß jeder, der die Gesetze unserer Deutschen Demokratischen Republik verletzt – auch wenn erforderlich –, durch Anwendung der Waffe zur Ordnung gerufen wird“. Gemeinsam mit den Erklärungen „sollen die Fotos der jeweiligen Angehörigen der bewaffneten Kräfte veröffentlicht werden“, die sich zum Schußwaffengebrauch bekennen.¹¹

Seit dem 13. August 1961 hatten zahlreiche Menschen die noch nicht perfektionierten Absperrungen zwischen Ost- und West-Berlin durchbrochen. Es waren aber auch schon zwei Todesopfer zu beklagen. Eine Frau und ein Mann starben bei Fluchtversuchen in der Bernauer Straße. Sie stürzten in den Tod, während sie versuchten, aus den oberen Stockwerken der im Ostteil gelegenen Häuser in den Westteil der Stadt herunterzuklettern. Der Schußwaffeneinsatz gegen Flüchtlinge war jedoch bis dahin vermieden worden. Jetzt sollte er zur verbindlichen Norm für die Grenztruppen werden – propagandistisch als Selbstverpflichtung verkauft.

Das Politbüromitglied Albert Norden holte sofort nach der Politbürositzung von einigen Volkspolizeieinheiten diese Selbstverpflichtungen zum Schußwaffengebrauch ein. Den Text der „freiwilligen“ Erklärung hatte Norden eigenhändig verfaßt. Er richtete sich in der Form eines „Offenen Briefes“ an den Regierenden Bürgermeister Berlins und war adressiert an „Willy Brandt, Verwaltungsleiter, z. Z. (noch) Rathaus Schöne-

¹¹ Protokoll Nr. 45/61 der Sitzung des Politbüros am Dienstag, dem 22. August 1961, SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/2/787, Bestand Politbüro des ZK.

berg.“ Im ersten Abschnitt eines von der „Einheit Heymann“ einstimmig angenommenen Schreibens an Brandt hieß es: „Obwohl Sie für ein Gespräch über Gewissen, Ehre, Menschlichkeit und Vaterlandsliebe nicht gerade der geeignete Partner sind, veröffentlichen wir diesen offenen Brief – nicht in der Hoffnung, Sie zu diesen Tugenden zu bekehren, wohl aber für Augen, Ohren und Verstand jener, denen Sie mit Ihrem verleumderischen Geschwätz über Charakter, Zweck und moralische und militärische Stärke der bewaffneten Organe der DDR Sand in die Augen streuen wollen.“

Der Schutz des Friedens und die Aufgabe, „Kriegsbrandstifter zu zügeln, ist ein Akt höchster Menschlichkeit. Dem Vaterland den Frieden zu retten, ist das Gewissenhafteste, was es gibt. Und den größten Gefallen, den man unserem sozialistischen Staat, aber auch unseren Brüdern und Schwestern in Westberlin und Westdeutschland tun kann, ist es, gesinnungslosen Lumpen wie Ihnen übers Maul zu fahren, wenn sie sich zu mucken wagen.“ Man wisse „aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, daß einst die rechten SPD-Führer Braun und Severing, deren würdiger Nachfolger“ Brandt sei, „bedenkenlos auf Sozialdemokraten und Kommunisten schießen ließen“. Die „Einheit Heymann“ erkläre hiermit, „daß wir nicht zuletzt hier sind, um die Einhaltung der Gesetze der DDR zu sichern und wenn es erforderlich ist, durch Anwendung der Waffe diejenigen zur Ordnung zu rufen, die diese Gesetze der Arbeiter- und Bauern-Macht mit Füßen treten wollen.“ Am Ende des „Offenen Briefes“ wurde Willy Brandt aufgefordert, „machen Sie das einzige, was Sie den Berlinern Gutes tun können: Treten Sie ab!“ Ähnliche Erklärungen ließ Albert Norden noch am gleichen Tag von weiteren Volkspolizeieinheiten abstimmen. Auch sie veröffentlichte *Das Neue Deutschland* am folgenden Tag im Wortlaut samt einem Foto der Grenzsoldaten, die zustimmend ihre Hände hoben.¹²

Vor einer Einheit der Grenztruppen, die er am 22. August besuchte, erklärte Norden in einer kurzen Ansprache: „Unser Stacheldraht, unsere Mauern kesseln die Kriegstreiber ein, sie sind ein Wall für den Frieden. Ihr steht an der Grenze zwischen Krieg und Frieden.“ Gegenüber einem Truppenteil, den er danach in Treptow aufsuchte, sagte Norden laut *Berliner Zeitung* vom 23. August 1961: „Ihr, Genossen, steht hier an der Grenze zwischen Krieg und Frieden, zwischen Imperialismus und Sozialismus. Wer es wagt, über die Grenze zu fassen, wird sich die Finger am Stacheldraht blutig reißen, wer seine Schweineschnauze in unseren sozialistischen Garten steckt, wird sie blutig wieder zurückziehen.“¹³ Wir danken euch, Genossen, und wissen, daß sich die Arbeiterklasse auf Euch verlassen kann. Ihr seid Fleisch vom Fleische der Arbeiterklasse und Blut von ihrem Blute.“

Das erste Opfer des Schießbefehls

Am Nachmittag des 24. August 1961 ging beim Chef des Stabes im Ministerium des Inneren, Willi Seifert, die Meldung 156 ein. Oberleutnant Loidolt teilte um 16.50 Uhr mit, ein Sicherungsposten der Transportpolizei „hat von der S-Bahn-Brücke, die sich kurz vor dem Lehrter Bahnhof befindet, eine im Wasser schwimmende Person, die die Republik verlassen wollte, erschossen. (Die Person ging nach Abgabe des Schusses

¹² „Gesinnungslosen Lumpen fahren wir übers Maul!“ In: *Das Neue Deutschland* vom 23.8.1961.

¹³ Es handelt sich hier um ein indirektes Stalin-Zitat. Der Diktator hatte 1934 auf dem XVII. Parteitag der KPdSU, dem „Parteitag der Sieger“, erklärt: „Denjenigen aber, die versuchen sollten, unser Land zu überfallen, wird eine vernichtende Abfuhr zuteil werden, damit ihnen in Zukunft die Lust vergehe, ihre Schweineschnauze in unseren Sowjetgarten zu stecken.“

unter). Vermutlich handelt es sich um eine Person aus der Charité.“ Drei Stunden später, um 19.55 Uhr, informierte ein Leutnant Lange aus der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei Willi Seifert mit Meldung 157 über den Tod des Flüchtlings: „Gegen 19.10 Uhr wurde die Leiche in der Nähe der S-Bahnbrücke Humboldthafen geborgen. Name: Litfin, Günter, 19.7.37 Bln.-Weißensee, Heinersdorfer Str. 32. Diese Person hat versucht, die Spree zu durchschwimmen und wurde noch am Spreeufer von den Transportpolizisten gewarnt. Nachdem die Person in die Spree gesprungen war, wurden von den Genossen Warnschüsse abgegeben und danach Sperrfeuer gegeben. Als die Person ca. 10 m vom Ufer des demokratischen Berlin entfernt war, sackte sie ab, vermutlich infolge eines Treffers. Auf westberliner Seite sammelten sich unmittelbar danach ca. 200 Personen und 2 Stummpolizisten an.“¹⁴



Foto: Gedenkstätte
Günter Litfin

Günter Litfin wurde im Alter von vierundzwanzig Jahren das erste Opfer des Schießbefehls. Der Schneider aus Weißensee arbeitete vor dem 13. August in einem West-Berliner Atelier und hatte sich bereits eine Wohnung im Westteil der Stadt gesucht. Der Mauerbau zerstörte seine Lebensplanung. Litfin war wie sein Vater und seine beiden Brüder Mitglied des illegalen CDU-Kreisverbandes Weißensee, der sich der Unterordnung der Ost-CDU unter die SED-Blockpolitik verweigerte und sich als Untergliederung der West-CDU betrachtete.¹⁵ Das Zentralorgan der SED *Neues Deutschland* verhöhnte am 9. September 1961 den Ermordeten mit den Worten: „Als der Zuhälter Horst Wessel bei der Ausübung seines nicht ungefährlichen Berufs zu Tode kam, wurde er zum geeigneten Objekt nazistischer Heldenverehrung. Warum soll also der Homosexuelle mit dem Spitznamen ‚Puppe‘, der in den Humboldthafen sprang, nicht zum Heros der Frontstadt werden? Jeder soll die Helden haben, die er wert ist.“

Die hetzerische Tonlage gegenüber Andersdenkenden kennzeichnete auch die Binnenmobilisierung in den gleichgeschalteten Massenorganisationen des SED-Regimes. Eine besondere Rolle spielte dabei die „Kampfreserve“ FDJ. Dem Jugendverband fiel die Aufgabe zu, sofort nach der Grenzschießung den Konformitätsdruck in seinem Verantwortungsbereich schlagartig zu erhöhen. Nachdem das Politbüro am 22. August 1961 den Schießbefehl und vierzehn weitere Beschlüsse „zur Sicherung der Grenzen der DDR“ ohne Diskussion verabschiedet hatte, wurde eine Delegation des FDJ-Zentralrats, der neben dem FDJ-Vorsitzenden Schumann auch der Nachwuchskommunist Egon Krenz angehörte, in den Sitzungssaal gebeten. Walter Ulbricht dankte den Jugendfunktionären für die vorzügliche Arbeit der neu gebildeten FDJ-Ordnungsgruppen, die seit dem 13. August „als Helfer und unter Leitung der Volkspolizei besonders in den Städten“ zum Einsatz kamen. Die Aufgaben der FDJ-Ordnungsgruppen hatte der FDJ-Vorsitzende Horst Schumann in einem „Kampfaufruf“ am 13. August 1961 wie folgt beschrieben: „Sichern helfen, daß – weder in Kinos noch in Gaststätten

¹⁴ Vgl. Ministerium des Inneren, Stab: Meldungen über eingesetzte Kräfte, Vorkommnisse etc. an den Stellvertreter des Ministers und Chef des Stabes Willi Seifert. BArch Lichterfelde, DO 1/0.2.0. Nr. 4/2.

¹⁵ Nach Günter Litfin ist heute in Weißensee eine Straße und in Berlin-Mitte eine Gedenk- und Informationsstätte benannt, am Ort seiner Ermordung befindet sich ein Gedenkstein.

oder anderswo – Provokateure oder Dummköpfe ungestraft ihr Unwesen treiben können; besonders sind Diskussionsgruppen zu unterlassen. Mit Provokateuren wird nicht diskutiert. Sie werden erst verdroschen und dann staatlichen Organen übergeben. Jeder, der auch nur im geringsten abfällige Äußerungen über die Sowjetarmee, über den besten Freund des deutschen Volkes, den Genossen N. S. Chruschtschow oder über den Vorsitzenden des Staatsrates Genossen Walter Ulbricht von sich gibt, muß in jedem Falle auf der Stelle den entsprechenden Denkkzettel erhalten.“¹⁶

Infolge dieser Direktive haben Schlägertrupps der FDJ in den ersten Wochen nach dem Mauerbau manche Rechnung mit Kritikern des SED-Regimes beglichen. In Ost-Berlin galt das insbesondere für Oberschüler und Studenten, die bis zum 13. August West-Berliner Schulen und Universitäten besucht hatten. Das Politbüro der SED entschied am 22. August nämlich auch darüber, was mit diesen Jugendlichen zu geschehen hatte. Ehemalige Westschüler der Klassen 1 bis 10 seien an den allgemeinbildenden Oberschulen einzuschulen, Schüler der Klassen 11 und 12 „in der Regel einem Lehr- bzw. Arbeitsverhältnis zuzuführen, Aufnahmen in die Erweiterte Oberschule sind nur in ganz besonders gelagerten Einzelfällen zulässig. Das sind solche Fälle, wo es im gesellschaftlichen Interesse zweckmäßig und angebracht ist, die Einschulung in einer erweiterten Oberschule vorzunehmen.“ Schülern der Klassen 13 sei ein Arbeitsverhältnis zu vermitteln, Studenten Arbeitsplätze in Volkseigenen Betrieben außerhalb Berlins. „Diejenigen, die provokatorisch auftreten, werden in einem Arbeitslager erzogen.“¹⁷ Die erwogenen Arbeitslager wurden dann doch nicht eingerichtet, schließlich konnte das SED-Regime nach dem Mauerbau die DDR-Bevölkerung „störfrei“ ihrer kommunistischen Erziehungsdiktatur unterwerfen. Willi Seiferts Elan aber erstarb zusehends in dem eingemauerten Land.

Höhepunkt und Niedergang

Für seine Leistung als Strategie des Mauerbaus erhielt er im September 1961 den „Vaterländischen Verdienstorden in Silber“. Als Stellvertreter des Innenministers habe er, hieß es in der Begründung zur Ordensverleihung, „in Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen vom 13.8.1961 mit großer politischer Weitsicht und exakter Einschätzung der Lage den richtigen Einsatz der eigenen Kräfte organisiert, so daß alle Aufgaben reibungslos durchgeführt werden konnten. Durch seinen Einfluß wurden eigene Kräfte an die wichtigsten Standorte gebracht, wodurch mit Beginn der Aktionen die Initiative ständig auf seiten der bewaffneten Organe der Deutschen Demokratischen Republik lag.“ Die Auszeichnung erfolge „in Anerkennung seiner vorbildlichen Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen zur Sicherung der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik“.¹⁸

Im November 1961 stellte Willi Seifert noch einmal seine logistischen Fähigkeiten unter Beweis. Unter seiner Leitung führten Einheiten der Grenz- und Volkspolizei die „Aktion Igelsperre“ aus, die im wahrsten Wortsinne zur Zementierung der Teilung Berlins beitrug. Unter Seiferts Kommando erfolgte in den ersten Novembertagen die

¹⁶ Horst Schumann, Sekretariat des Zentralrats der FDJ: Kampfauftrag für die Bezirksverbände der FDJ in den nächsten Tagen vom 13. August 1961. SAPMO-BArch, DY 24, FDJ, ZAG 3.753/I.

¹⁷ Vgl. Protokoll Nr. 45/61 der Sitzung des Politbüros am Dienstag, dem 22. August 1961 a.a.O.

¹⁸ Ministerium des Inneren: Begründung vom 1. September 1961 für die Auszeichnung mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber für Genossen Generalmajor Seifert. BStU, Zentralarchiv, MfS GH 121/86.

Absicherung des gesamten Areals vom Brandenburger Tor bis zum Potsdamer Platz. In diesem Bereich war es bis dahin Flüchtlingen mehrfach gelungen, mit Fahrzeugen die Stacheldrahtverhaue zu durchbrechen. An anderen Stellen der Stadt wurde zur gleichen Zeit mit dem systematischen Ausbau der Maueranlagen begonnen.

Die „Igel“, nach denen die ganze Angelegenheit benannt war, bestanden „aus kreuzweise verschweißten doppelten Eisenbahnschienen“. Sie wurden auf vorbereiteten Schwerbetonblöcken angebracht, die eine Abmessung von 0,31 mal 1 Meter und 18 mal 1,49 Meter hatten. Pro Igel kamen zwei Blöcke zum Einsatz. Der vordere wurde „senkrecht zur Krafrichtung fest in die Straßendecke eingelassen“. Die Igel wurden dann mit Winkel- und Rundstahlschlußstücken an die Blöcke geschweißt. Der zur Westseite liegende Auflageblock erhielt nach Anbringung der Igel eine ca. 15 bis 18 Zentimeter starke Oberbetonschicht, die den Schweißpunkt völlig umschloß.

Seifert kümmerte sich um alles und jedes. Die von ihm unterzeichneten Befehle enthielten alle erdenklichen Details zur Durchführung des Mauerausbaus, bis hin zur Zusammensetzung des Mörtels: „Betongüte B 225, Putzmörtel MG II, MZ-Pfeiler MZ/MG III, Verlegemörtel MG II.“ Oder: „Die Chausseestraße ist mit einer 2,20 m breiten und 1,60 m hohen Mauer zu sperren. Dazu ist die vorhandene Mauer 2,25 m hoch und 0,30 m breit einzubeziehen und von der rechten Straßenbegrenzung bis zur Straßenbahninsel in gleicher Art durchzuführen, wobei hier noch eine Verstärkung von 2,20 m Breite und 1,56 m Höhe hinzukommt. Im Bereich der Straßenbahninsel ist eine 1 m breite Öffnung für Fußgänger vorzusehen. An der linken Fahrbahnbegrenzung wird eine Durchfahrt von 3,00 m gelassen. Die Lücken zwischen Mauer und Gebäuden sind mit einer doppelten Reihe von Igelsperren zu schließen.“ Zur Oberbaumbrücke: „Zwischen den bereits vorhandenen Sperrmauern auf der Oberbaumbrücke wird als zusätzliche Sperrmaßnahme in gleicher Breite der Mauer eine doppelte Igelreihung vorgesehen. Der linke Teil der Oberbaumbrücke wird nicht gesondert abgesperrt und dient dem Fußgängerverkehr.“¹⁹



Walter Ulbricht mit Willi Seifert

Bald nachdem Ost-Berlin völlig abgeriegelt und weitgehend eingemauert war, ging es mit dem Stabschef des Unternehmens rasant bergab. Im Jahr 1963 häuften sich Beschwerden über seinen Arbeitsstil. Er komme seinen dienstlichen Verpflichtungen nur schleppend nach, habe Vorlagen und sogar Grundsatzdokumente monatelang nicht bearbeitet. Oberst Horst Ende, der Seifert krankheitshalber im Februar 1964 eine Woche vertrat, stieß in seinem Büro auf Stapel unerledigter Dienstpapiere. Er fertigte darüber einen Bericht an den Innenminis-

¹⁹ Ministerium des Inneren, Stab; Willi Seifert: Planung des Bedarfs und Materials, Technik, Kräften und Zeit für die Sperrmaßnahmen an den offenen und wichtigsten geschlossenen Kontrollpassierpunkten im Zusammenhang mit dem 13.8.1961 (Aktentitel). BArch Lichterfelde, DO 1/0.2.0, Nr. 5/2.

ter an. Zugleich informierte er das MfS über den Sachverhalt. Aus den Aufzeichnungen seines dortigen Ansprechpartners Major Ranig geht auch hervor, wie sich Innenminister Dickel²⁰ gegenüber Ende über Seifert geäußert hat: „Nun sagen Sie, was soll man mit einem solchen Holzkopf anfangen. Ich werde mir das noch ein Jahr ansehen, und dann müssen wir weitersehen.“ Horst Ende teilte dem MfS-Mann weiter mit, daß seiner Auffassung nach „Genosse Seifert den Aufgaben des Chefs nicht gewachsen“ sei. Er verliere sich immer wieder in Kleinigkeiten und habe keine „schöpferischen Gedanken“.

Laut einer Aktennotiz vom 27. Januar 1964 erteilte Dickel seinem Stellvertreter Willi Seifert im Rahmen einer „dienstlichen Aussprache“ eine Rüge, da er Weisungen nicht zielstrebig umgesetzt hatte und Termine nicht einhielt. In der Silvesternacht war Seifert außerdem „unter deutlich sichtbarem Alkoholeinfluß“ zum Dienst erschienen. Dickel hielt fest: „Genosse Seifert wirkt überarbeitet, abgespannt und zerfahren und nimmt den ganzen Tag irgendwelche Tabletten zu sich.“ Seifert wurde angewiesen, sich in ärztliche Behandlung zu begeben. Eine Besserung trat jedoch offenbar nicht ein. Am 4. Juli 1972 ging bei Erich Mielke eine vernichtende „Einschätzung des Stellvertreters des Ministers, Gen. Seifert“, ein. Darin hieß es, Seifert scheue „sich, persönliche Verantwortung zu tragen, anstehende Probleme läßt er liegen, um notwendige Entscheidungen zu umgehen, ihm fehlen die intellektuellen Voraussetzungen für die Lösung von Aufgaben entsprechend seiner Dienststellung“. Er schiebe Grundsatzprobleme teilweise über ein Jahr vor sich her, „was sich ernsthaft auf die gesamte Aufgabenerfüllung des Mdl“ auswirkt.

Seifert war zu diesem Zeitpunkt bereits aus seiner Funktion als Chef des Stabes herausgenommen worden. Eigens für ihn wurde die Funktion „Leiter der Hauptinspektion“ geschaffen. Seit langem habe er jedoch in „seiner Funktion als Stellvertreter des Ministers keine konstruktiven Gedanken, Vorschläge und Einwirkungen“ mehr zuwege gebracht. Seifert schiebe „alle Aufgaben auf den Stellvertreter ab“. Die Anleitung der ihm unterstellten Funktionäre sei ungenügend. Als Grund „für seine ungenügende Aufgabenerfüllung ist der übermäßige Alkoholgenuß zu betrachten (auch während der Dienstzeit). Bei ihm zeigen sich Erscheinungen der Ratlosigkeit, Unentschlossenheit und Verzweiflung.“²¹

Im SED Zentralorgan *Neues Deutschland* erschien am 31. Januar 1986 ein Nachruf auf „unseren Genossen“ Generalleutnant a. D. Willi Seifert. Sein ganzes Leben habe er „den Zielen der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei gewidmet“, heißt es darin. „Mutig und entschlossen, unter Einsatz seines Lebens, bewährte er sich in der Illegalität, hinter den Mauern faschistischer Zuchthäuser und im Konzentrationslager Buchenwald als Kämpfer gegen den Faschismus.“²² Es gehört zu den bedrückenden Aspekten der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß sich Überlebende der nationalsozialistischen Konzentrationslager wie Willi Seifert am 13. August

²⁰ Friedrich Dickel hatte als Kompaniechef in den Internationalen Brigaden 1936/37 am spanischen Bürgerkrieg teilgenommen und im sowjetischen Exil den Nationalsozialismus überlebt.

²¹ MfS, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe: Einschätzung des Stellvertreters des Ministers, Gen. Seifert vom 4. Juli 1972. BStU, Zentralarchiv, MfS GH 121/86, Bd. I. Auch die weiter oben zitierten Berichte und Vermerke von Horst Ende und Friedrich Dickel entstammen dieser vierbändigen MfS-Überlieferung zu Willi Seifert. Sie enthält auch eine 1981 gefertigte Kopie seiner Kaderakte aus dem Bestand des SED-Zentralkomitees.

²² Zentralkomitee der SED: Nachruf auf Willi Seifert. In: *Neues Deutschland* vom 31.1.1986.

1961 mit voller Überzeugung und an entscheidender Stelle daran beteiligten, siebzehn Millionen Menschen hinter Mauern und Stacheldraht einzusperren.